



Was haben wir aus Tschernobyl gelernt? – 25 Jahre danach

Nachricht von Eva Bulling-Schröter, 14. April 2011

Die Atomenergie ist unbeherrschbar. Das wurde in der öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses am 14. 04. 2011 zum Thema „25 Jahre Reaktorkatastrophe Tschernobyl“ einmal mehr deutlich.

„Wir wollen das Vermeidbare vermeidbar machen“, sagte die Umweltausschussvorsitzende und umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Eva Bulling-Schröter, im Anschluss an die Anhörung. Schon im Vorfeld gab es heftige Diskussionen mit den Koalitionsfraktionen zur Zulassung der Öffentlichkeit zu dieser Veranstaltung, die ursprünglich nur Tschernobyl behandeln sollte. Nach den schrecklichen und traurigen Ereignissen in Japan waren CDU/CSU und FDP bereit, die Tschernobyl-Veranstaltung öffentlich zu machen. Ihr Wahldebakel im März spielte dabei wohl auch eine Rolle. Vor dem Hintergrund der atomaren Katastrophe in Japan, die natürlich auch Thema der Anhörung war, erhielt der atomare GAU 1986 in Tschernobyl eine ganz neue Brisanz. Es waren verschiedene Initiativen und Institute geladen: eine Vertreterin der ukrainischen Botschaft, ein deutscher

Gesandter zu Weißrussland und ein Liquidator. Die teilweise sehr plastischen Schilderungen ließen das Tschernobyl vor 25 Jahren noch einmal auferstehen. Vor allem die Folgen, die heute noch zu sehen sind, standen im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Erschreckend waren nicht nur die Berichte über Erbschäden, Krebs und Mehrfacherkrankungen der Bevölkerung vor Ort, v.a. der Kinder. Dies schilderten Herr Prof. Dr. Lengfelder vom Otto Hug Strahleninstitut und Frau Dr. Claußen, Vorsitzende des IPPNW, Ärzte gegen Atomkraft. Erschreckend war v.a. auch die Schilderung des Liquidators über die in der Ukraine durchaus legale geplante Lagerung von atomarem Müll in normalen Lagerhallen. Prof. Dr. Lengfelder ließ sein Statement mit der Forderung enden: „Müssen wir wirklich auf den Supergau in Deutschland warten, bis die Politik die richtigen Entscheidungen für Gesundheit und Wohlergehen trifft?“ Passenderweise blieb die Folie mit dieser Aussage die ganze Anhörung über eingeblendet. Die verschiedenen Initiativen, die sich bis heute um die Menschen in der atomar verseuchten Region kümmern, baten auch die ParlamentarierInnen um ihre Hilfe. Damit ist nicht die Hilfe vor Ort gemeint, die von unabhängigen Strahlenmessungen über medizinische Betreuung bis hin zu Kinderfreizeitfahrten reicht. Die Abgeordneten sollen parlamentarische Initiativen starten, z.B. um den geplanten Neubau von Atomkraftwerken in der Ukraine zu verhindern. Und Deutschland muss sich in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) dafür einsetzen, dass der Knebelvertrag zwischen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) und der WHO von 1959, durch den die IAEA selbst und nicht unabhängige medizinische Behörden die gesundheitlichen Risiken der Atomenergie überwacht, endlich aufgelöst wird, so Dr. Claußen von IPPNW.

